

Zürich & Region



Auf den letzten Drücker Wer seine Weihnachtseinkäufe noch nicht erledigt hat, findet bei Otto's für jeden Geschmack etwas. 24

Mehr Sicherheit am Zebrastreifen

Nach einer Serie von Unfällen fordern die Fussgängerlobby, aber auch der Automobilverband TCS Massnahmen, um die Fussgänger besser zu schützen - zum Beispiel mit Reflektoren oder Mittelinseln.

Von Daniel Schneebeli

Zürich - Am Mittwoch sind auf Fussgängerstreifen in der Schweiz fünf Personen überfahren worden. Ein 17-jähriger Lehrling in Dottikon AG und eine 53-jährige Frau in Breitenbach SO verloren ihr Leben, die anderen drei wurden schwer verletzt. Nach diesem schwarzen Tag stellt sich die Frage: Sind Fussgänger zu wenig sicher? Für Thomas Schweizer, Geschäftsführer des Fachverbands Fussverkehr Schweiz, steht fest: «Es passieren zu viele Unfälle auf Zebrastreifen.» Gerade jetzt, wo es morgens und abends im Stossverkehr dunkel ist, sei die Unfallgefahr besonders gross. Und das Verletzungsrisiko ist für die Fussgänger als schwächste Verkehrsteilnehmer grösser als für die Autofahrer.

Das zeigen die Unfallzahlen. Total gingen sie in den letzten Jahren zurück, während die Zahl der Verletzten und getöteten Fussgänger stagnierte. Die Zahlen zeigen, dass sie selbst auf den Zebrastreifen nicht wirkungsvoll geschützt sind. Eine Studie der Beratungsstelle für Unfallverhütung (BfU) spricht gar von einem deutlich erhöhten Risiko, da sich die Fussgänger in falscher Sicherheit wiegen und zu wenig auf den Autoverkehr achteten. Darum sind besonders auf dem Land Fussgängerstreifen entfernt worden. Das ärgert die grüne Nationalrätin Marlies Bänziger, die auch Präsidentin von Fussverkehr Schweiz ist. Man habe das Problem aus Autofahreroptik betrachtet. Bänziger formuliert es umgekehrt: «Gerade Strassen wiegen Autofahrer in falscher Sicherheit.»

Autofahrer büssen

Bänziger und Fussverkehr Schweiz scheinen mit ihren Vorbehalten im Schweizerischen Verband der Strassen- und Verkehrsfachleuten (VSS) Gehör zu finden, wie Thomas Schweizer erklärt.



Dank der Beatles weltberühmt: Der Abbey-Road-Zebrastreifen in London, neuerdings unter Denkmalschutz. Foto: Keystone

Fussgänger Vortritt am Streifen

Am 1. Juni 1994 wurde der Fussgängervortritt am Zebrastreifen gesetzlich neu geregelt. Das Handzeichen ist nicht mehr nötig. Es gelten seither folgende Rechte und Pflichten:

- Autofahrer müssen vor einem Zebrastreifen vorsichtig fahren und anhalten, wenn ein Fussgänger im Begriff ist, die Strasse zu überqueren oder den Zebrastreifen zu betreten.
- Fussgänger haben auf dem Zebrastreifen ohne Ampeln immer Vortritt - ausser gegenüber dem Tram. Sie dürfen aber vom Vortritt nicht Gebrauch machen, wenn das Fahrzeug so nahe ist, dass es nicht mehr rechtzeitig anhalten könnte.
- Bei einem Fussgängerstreifen ohne Ampel, der durch eine Verkehrsinsel geteilt ist, gelten beide Teile des Übergangs als selbstständige Streifen.
- Fussgänger müssen einen Zebrastreifen benutzen, wenn dieser weniger als 50 Meter entfernt ist. (sch)

Dort werden die Normen für die Fussgängerstreifen derzeit überarbeitet. Besonders die umstrittene Regelung, dass nur auf stark frequentierten Strassen (mindestens 200 Autos und 50 Fussgänger pro Stunde) Zebrastreifen markiert werden dürfen. Unterstützung hat die Fussgängerlobby offenbar von den Polizeikörpern bekommen, deren Image in den Dörfern leidet, wenn sie die Entfernung von Zebrastreifen verfügen.

Wie Schweizer weiter sagt, müssen Fussgängerstreifen aber besser gesichert werden. Am besten mit Inseln in der Strassenmitte oder zwischen Fahrspuren. Diese würden den Fussgängern nicht nur Schutz bieten, sondern die Autofahrer auch zum langsameren Fahren anhalten und am Überholen hindern. Wirkungsvoll wäre auch die Beleuchtung der Übergänge. Allerdings sind diese beiden Massnahmen aufwendig und teuer.

Weiter schlägt Schweizer temporäre Tempobeschränkungen vor, wie etwa vor der Schule Am Wasser in Zürich.

Dort darf zu Schulzeiten nur 30 km/h gefahren werden, während am Wochenende und nachts Tempo 50 gilt. Schweizer sähe auch gerne häufigere Polizeikontrollen an Zebrastreifen. Seit gut fünf Jahren kann das Nichtgewähren des Vortritts an Fussgängerstreifen mit 140 Franken gebüsst werden. Allerdings wird dies gemäss Einschätzung von Schweizer zu selten getan. Die Kantonspolizei Zürich führe solche Kontrollen



Umfrage: Wie besser schützen?
iPhone: Tagi-App auf **TA+**
Mobile: SMS mit Text Plus an 4488

regelmässig um den Schulanfang herum durch, sagt Sprecher Martin Sorg. Sonst würde nur «situativ ermahnt».

Gegenüber Tagesanzeiger.ch/Newsnetz brachte Roadcross-Chef Roland Winderkehr eine noch wenig bekannte, aber günstige Schutzmassnahme ins Spiel: die Reflektoren an Fussgängerstreifen. Sie kosten höchstens 8000 Franken pro

Übergang und machen diesen für die Autofahrer bei schlechtem Wetter und in der Dunkelheit besser sichtbar. Das Problem sei nur, dass die Tiefbauämter skeptisch seien, auch in Zürich.

TCS-Appell an Fussgänger

Reto Cavegn, Chef des TCS Zürich, wäre auch für Reflektoren. Sein Verband hat das Experiment im Kanton in fünf Gemeinden mit 54 000 Franken unterstützt. Nach seinen Angaben war der Versuch erfolgreich, und Cavegn betont: «Es wäre an der Zeit, dass die Behörden ihren Widerstand aufgeben würden.» Weiter appelliert Cavegn ans gegenseitige Verständnis der Verkehrsteilnehmer. Die Autofahrer hätten die Geschwindigkeit anzupassen und wenn nötig anzuhalten, aber gerade auf Schnee könne letzteres schwierig sein. Er würde es darum begrüßen, wenn Fussgänger in der dunklen Jahreszeit mehr helle oder reflektierende Kleider trügen. *Kommentar Seite 2*

Glosse

Schulsilvester

Es gibt sie noch, die Dörfer, in denen richtige Schulsilvester erlaubt sind. Manchmal finden sie in der Zeitung unrühmlich Erwähnung, weil einige wenige über die Stränge schlugen. Wir möchten für einmal über diese Gemeinden positiv berichten, weil sie Kindern zu aufregenden Kindheitserinnerungen verhelfen. Wie jenen kleinen Schlieremern, die gestern mit roten Backen aus ihrem Schulhaus strömten. Pfannendeckel, statt wie üblich das Handy in den Händen. Aufgeregt von Abenteuern erzählend, die sie am Morgen früh bestanden hatten. In einem Hochhaus alle «Lüüti» gedrückt haben zwei Buben. Unter dem Fenster der Nachbarin laut gesungen hat eine Gruppe von Mädchen. Extrem früh aufgestanden seien sie. «Ganz dunkel» sei es noch gewesen. «Glaubs vor em sächsi.» Sie habe gar nicht gewusst, dass es nachts so dunkel sei, sagt ihr Gspääni. Und dann ziehen sie Pfannendeckel schlagend heimzu. Nur ein Geräusch irritiert: ein seltsames Tröten, das ganz andere Erinnerungen weckt. An Fussballstadien im Sommer. Die Vuvuzelas haben den Schulsilvester globalisiert. Wo es ihn noch gibt.

Übrigens: Die Kantonspolizei meldet, in den 70 Gemeinden, die den Schulsilvester noch kennen, sei er gesittet verlaufen. (net)

Sozialhilfe: SVP blitzt bei Regierungsrat ab

Zürich - Vorläufig aufgenommene Asylbewerber sollen nach Ansicht des Regierungsrats das Recht auf Sozialhilfe haben. Weil sie gegebenenfalls Sanktionen erlaube, erleichtere die Sozialhilfe die berufliche und soziale Integration. Die Regierung lehnt den Gegenvorschlag der SVP zum revidierten Sozialhilfegesetz deshalb ab. Laut SVP sind vorläufig Aufgenommene Leute, die «unseren Rechtsstaat unterlaufen und das System ausnützen wollen». Der Regierungsrat hält das SVP-Anliegen für verfehlt. Wenn vorläufig Aufgenommene den Sozialhilferegeln unterstellt würden, ermögliche dies das Prinzip von Leistung und Gegenleistung. Dies bedeute, dass auch Sanktionen verhängt werden könnten. Würden vorläufig Aufgenommene auch weiterhin der Asyl-Fürsorgeverordnung unterstehen, gebe es keinerlei Handhabe, um die Integration durchzusetzen. Dass diese Personen den Sozialhilferegeln unterstellt würden, diene somit der Integration. Der Kantonsrat hatte das revidierte Sozialhilfegesetz im Juni angenommen, die SVP ergriff daraufhin das Konstruktive Referendum. Über die Vorlage wird 2011 abgestimmt. (ep/SDA)

Verwaltungsjuristin statt Tieranwalt

Zürich - Im Kanton Zürich gibt es ab Anfang Jahr keinen Tieranwalt mehr. Die Interessen der Tiere in Strafsachen werden deshalb künftig von einer Juristin beim kantonalen Veterinäramt wahrgenommen. Es handelt sich dabei um Ursula Wirtz, die bereits bisher für das Veterinäramt tätig war. Ab Januar wird sie mit einem Pensum von 40 Prozent zudem die Rechte misshandelter Tiere wahrnehmen. Wirtz arbeitet nicht wie der bisherige Tieranwalt Antoine F. Goetschel unabhängig, sondern gehört zum Veterinäramt. Ob sich diese Neugestaltung bewährt, werden die Fallzahlen des kommenden Jahres zeigen. 2009 gab es im Kanton Zürich 172 Tierschutzstrafälle, 2008 waren es 190.

Das Schweizer Stimmvolk hatte es im vergangenen Frühjahr abgelehnt, den Tieranwalt in der Verfassung festzuschreiben. Im Kanton Zürich, der damals als einziger Kanton einen Tieranwalt beschäftigte hatte, lag die Ablehnung bei 63,5 Prozent. Es wäre zwar auch in Zürich weiter möglich gewesen, einen Tieranwalt zu beschäftigen. Der Kantonsrat beschloss jedoch das Aus für den Tieranwalt. (sth/SDA)

«Da hat Baudirektor Kägi ein Problem, das er dringend lösen muss»

Nach dem Baustopp für das Jugendgefängnis Uitikon nehmen Politiker das Hochbauamt ins Visier.

Von Patrick Kühnis

Zürich - Baustopp bis nächsten Sommer: Der Kanton Zürich zog beim 30-Millionen-Umbau des Massnahmenzentrums Uitikon die Notbremse, weil er sich im letzten Juni mit den Architekten überwarf (TA von gestern). Die Gründe dafür liegen im Dunkeln. Die Baudirektion spricht bloss von «wiederholten Unstimmigkeiten» - und die Planer schweigen.

Vor Gericht mussten die Parteien noch nicht. Ihre Anwälte suchen derzeit nach einer «einvernehmlichen Lösung», um den Streit um Honorarforderungen und Schadenersatz aussergerichtlich beizulegen. «Um die laufenden Verhandlungen nicht zu belasten, möchten wir

zu diesem Zeitpunkt keine Stellungnahme abgeben», sagt ein Sprecher des Generalplanerteams.

In der Politik ist der Ärger gross, dass die «unhaltbaren Zustände» auf der Gefängnisbaustelle länger andauern als ohnehin geplant. Kantonsräte von CVP und SVP sind ebenso erzürnt darüber, dass Baustopp und Planerwechsel das Projekt weiter verteuern. 2006 wollte der Justizvollzug das Massnahmenzentrum für 10 Millionen erweitern und sanieren. 2008 war es plötzlich fast dreimal mehr. 2009 packte das Parlament noch zwei Millionen für die Minerie drauf.

SP-Kantonsrat Thomas Hardegger, Präsident der Kommission für Planung und Bau, hat den Verdacht, dass beim Zerwürfnis zwischen Planern und Kanton auch das Geld eine Rolle gespielt haben könnte. Ihm kam der Kostenvorschlag von Anfang an seltsam vor, weil beim Sanierungsteil (12 Millionen) keine Reserven für Unvorhergesehenes einge-

plant waren. Das kritisierte er im Rat. «Nach einer Schnellbeurteilung gab das Immobilienamt aber grünes Licht zum Bau.» Zu denken gibt Hardegger, dass auch das Hochbauamt mit dem Bau überfordert war - und die Projektleitung auswechseln musste. «Wenn es einen Baustopp gibt, hat vorher die Kontrolle versagt. Das muss Konsequenzen haben.»

Ein Gutachten soll helfen

Laut Hardegger ist seit Jahren bekannt, dass es bei kantonalen Bauten keine eindeutige Rollenteilung zwischen Besteller und Ersteller gibt. Baudirektor Markus Kägi (SVP) habe jetzt für viel Geld ein externes Gutachten bestellt, das für klare Schnittstellen sorgen soll. Auch Kantonsrätin Gabi Petri (Grüne) verwundert es nicht, dass im Fall Uitikon die Koordination zwischen den Beteiligten nicht recht klappte. Schon bei anderen Bauten, die sie mit der Justizkommission begleitet habe, seien die Bedürfnisse der

späteren Nutzer zu kurz gekommen oder nicht recht ernst genommen worden. «Gerade Kantonsbaumeister Stefan Bitterli gab der Politik immer wieder zu verstehen, dass ihn solche Detailfragen nicht wirklich interessieren. Er liebt Architektur, Kultur und Ästhetik. Für Alltagsorgen der späteren Nutzer hat er eher weniger übrig.»

Denselben Eindruck hat FDP-Fraktionschef Thomas Vogel, der von «architektonischen Zwangsbeglückungen» spricht. Schon mehrmals hat er mitbekommen, wie es zu Konflikten zwischen Hochbauamt und den Bestellern aus den anderen Direktionen kam, die eigentlich nur einen möglichst zweckmässigen Bau wollten. «Da hat Baudirektor Kägi ein Problem, das er dringend lösen muss.» Denn wenn ein Projekt aus dem Ruder laufe, gehe es rasch um sehr viel Geld. «Das Parlament kann dann nur mit der Faust im Sack einen Nachtragskredit sprechen, um den Bau noch zu retten.»